

Ulis Newsletter zur Corona-Krise vom 20./21.06.2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

das **Corona-Geschehen** war am Wochenende von dem Skandal um die Virusschleuder Tönnies in NRW geprägt. 1.300 Infektionen allein in dieser Fleischfabrik – das ist im bisherigen Pandemie-Verlauf ohne Beispiel. Wir berichten. Außerhalb der wenigen Hotspots bleibt das Geschehen eher unauffällig. Aufregung erzeugt **Winfried Kretschmann**, der auf dem Berliner Flughafen Tempelhof ohne Maske fotografiert wurde. Er hatte es schlicht vergessen, diese überzuziehen. Das darf man kritisieren, eine Staatsaffäre ist das nicht.

Das **Hauptaugenmerk** gilt heute **Stuttgart**. Die Vorgänge der letzten Nacht können wir unter keinen Umständen tolerieren. Gewalttätige Ausschreitungen, Plünderungen von Geschäften und Angriffe von über 500 Menschen gegen die Polizei wegen einer Polizeikontrolle aufgrund eines vermeintlichen Drogendelikts? Da gibt es nichts zu relativieren, das ist ein absolutes No Go, ein Überschreiten der roten Linie. Hintergründe und Umstände der Ausschreitungen müssen zügig aufgeklärt werden. Straftaten müssen geahndet werden. „Corona ist schuld“, „die Clubschließung ist schuld“, der „Überdruss“ – verdammte Hacke! Ich kann es nicht mehr hören. Wir sind gerade dabei, eine üble Pandemie mit Erfolg abzuwehren. Die Vorsorgemaßnahmen schützen auch und gerade die Partyszene! Da fehlt mir jedes Verständnis für so etwas. Stuttgart war bisher eine der attraktivsten Feiermeilen im Sommer – so wird das nichts werden. Und was auch nicht geht! Dass sofort wieder ein politisches Süppchen darauf gekocht wird. Saskia Esken trage Mitschuld? Die Gewalt sei „Folge der Anfeindungen gegen die Polizei durch die Linke“? CDU – was soll das? So wird die Nacht von Stuttgart sicher nicht vernünftig aufgeklärt. So werden keine richtigen Schlüsse daraus gezogen. So werden nur Klischees und Feindbilder zementiert.

Habt eine gute Woche, in der die Temperaturen jetzt nach offiziellem Sommeranfang auf über 30 Grad steigen werden!

Herzliche Grüße, Uli

Entwicklung der Corona-Fallzahlen

Bundesebene:

21.06.2020: 189.822 Fälle insgesamt (& 687 gegenüber 20.06.); 8.882 Todesfälle (& 10)

(Quelle: RKI, online aktualisiert um 12.10 Uhr)

Landesebene:

Am 20. und 21.06.2020 wurden keine Fallzahlen veröffentlicht.

Kreisebene:

Am 20. und 21.06.2020 wurden keine Fallzahlen veröffentlicht.

Corona-bedingte Nachrichten

Inland

Corona-Ausbruch in Tönnies-Fleischfabrik - Mehr als 1.300 Infizierte

Der Corona-Ausbruch beim Fleischproduzenten Tönnies in Nordrhein-Westfalen droht außer Kontrolle zu geraten. Am Wochenende wurde der Betrieb für 14 Tage geschlossen, zu diesem Zeitpunkt waren über 1.300 Mitarbeiter positiv auf das Virus getestet worden. Die Behörden hatten dabei große Probleme, an die Adressen der Mitarbeiter zu kommen. Deshalb hätten sich der Kreis und der Arbeitsschutz Zugriff auf die Personalakten der Firma Tönnies verschafft. „Das Vertrauen, das wir in die Firma Tönnies setzen, ist gleich Null“, so der Leiter des örtlichen Krisenstabs Kuhlbusch.

Clemens Tönnies sagte dazu: «Wir haben datenschutzrechtliche Probleme.» Laut Werkvertragsrecht dürfe das Unternehmen die Adressen der betreffenden Arbeiter nicht speichern. Co-Konzernchef Andreas Ruff fügte hinzu: «Wir haben alle Daten, die wir hatten, sofort an die Behörden weiter gegeben.» Tönnies wies zudem Rücktritts-Spekulationen zurück. «Ich werde dieses Unternehmen aus dieser Krise führen», sagte der 64-Jährige.

Die Corona-Reihenuntersuchungen auf dem Gelände der Fabrik gingen am Wochenende weiter. Zu den bereits 25 Bundeswehrsoldaten vor Ort wurden 40 weitere hinzugeholt. Die Kräfte fahren demnach gemeinsam mit medizinischem Personal und Mitarbeitern des Kreises Unterkünfte ab und testen dort Menschen. Laut Kort sprechen die Soldaten osteuropäische Sprachen, um sich mit den Arbeitern verständigen zu können.

Der Kreis hatte am Freitag verfügt, dass alle rund 6500 Tönnies-Mitarbeiter am Standort Rheda-Wiedenbrück mitsamt allen Haushaltsangehörigen in Quarantäne müssen. Der Ausbruch war am Mittwoch bekannt geworden. Das Land will die Quarantäne-Anordnung für die Mitarbeiter konsequent durchsetzen. Wenn man das Infektionsgeschehen nicht lokal eindämmen könne, kann ein flächendeckender Lockdown in der Region notwendig werden.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sagte dem „Tagesspiegel“ am Sonntag: „Es kann nicht sein, dass Menschen aus Mittel- und Osteuropa in Deutschland ausgebeutet werden, damit skrupellose Firmen milliardenschwere Gewinne einfahren“. Es ist u.a. dringend nötig, dass ein Gesetz kommt, um Werkverträge in der Branche weitgehend zu verbieten - also dass die komplette Ausführung von Schlachtarbeiten bei Sub-Unternehmern eingekauft wird.

Ausland

Global gesehen ist die Coronapandemie auf ihrem Höhepunkt

Wer das öffentliche Leben in Deutschland verfolgt, kann leicht den Eindruck bekommen, dass die Coronakrise weitgehend vorbei ist. Geschäfte und Unternehmen haben den Betrieb wieder aufgenommen, in den Schulen läuft der Unterricht wieder an, die Straßen sind fast so

voll wie vor der Epidemie. Die täglichen Lageberichte des Robert-Koch-Instituts – am Freitag ist der 100. erschienen – werden kaum noch wahrgenommen.

<https://taz.de/Corona-Lage-weltweit/!5689393/>

„Virus bezwungen“: Corona-Notstand in Spanien nach 14 Wochen beendet

Im früheren Corona-Hotspot Spanien herrscht seit Sonntag die sog. „neue Normalität“: Nach genau 14 Wochen ging um Mitternacht der Notstand zur Eindämmung der Pandemie zu Ende. Die 47 Millionen Bürger des Landes durften sich erstmals seit dem 14. März wieder im ganzen Land frei bewegen. „Gemeinsam haben wir das Virus bezwungen“, schrieb Gesundheitsminister Salvador Illa auf Twitter. „Wir tun nun diesen Schritt allerdings, ohne zu vergessen, dass Covid-19 noch da ist“, betonte der Minister der linken Regierung.

Nach einer am Sonntag in der Zeitung „El Mundo“ veröffentlichten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sigma Dos wollen die meisten Spanier auch in Zukunft Vorsicht walten lassen. Vier von fünf Befragten hätten ihre Sorgen vor einem Corona-Neuausbruch geäußert, hieß es. In der Hauptstadt Madrid und in anderen küstenfernen Gemeinden machten sich am ersten Tag schon frühmorgens zahlreiche Menschen bei Temperaturen von zum Teil weit über 30 Grad auf in den Badeurlaub. Die meisten benutzten den eigenen Wagen, berichteten Medien. Viele Flieger und Züge seien aber voll gewesen.

In der „neuen Normalität“ hält die Zentralregierung nur noch wenige Corona-Regeln landesweit aufrecht. Die Wichtigste: In geschlossenen Räumen und auch im Freien muss man Schutzmaske tragen, wenn ein Sicherheitsabstand von mindestens eineinhalb Metern nicht eingehalten werden kann. Bei Verstoß können Geldstrafen von bis zu 100 Euro verhängt werden. Über andere Maßnahmen dürfen die einzelnen Regionen - ähnlich wie in Deutschland - selbst entscheiden. Am Sonntag öffnete Spanien auch die Grenzen für Urlauber aus Schengen - Staaten. Die Grenze zu Portugal bleibt aber auf Wunsch der Regierung in Lissabon noch bis zum 1. Juli für die meisten Reisenden geschlossen. Allen Einreisenden wurde am Sonntag die Temperatur gemessen. Medizinisches Personal stand bereit, um im Falle eines erhöhten Wertes die Betroffenen in Augenschein zu nehmen. Zudem müssen alle Besucher auf einem Fragebogen Angaben unter anderem zur Gesundheit sowie zu persönlichen Kontaktdaten machen.

Mit mehr als 28 000 Toten in Zusammenhang mit Covid-19 und mehr als 245 000 Infektionsfällen ist Spanien eines der am schwersten von der Pandemie betroffenen Länder Europas. Inzwischen ist die Zahl der aktuell Infizierten stark gesunken. In einer Fernsehansprache mahnte Ministerpräsident Pedro Sánchez seine Landsleute bereits am Samstag aber noch einmal eindringlich, auch in Zukunft vorsichtig zu sein.

Unruhen bei Protesten gegen Corona-Maßnahmen in Den Haag

Bei Protesten gegen Corona-Maßnahmen hat es in Den Haag Unruhen gegeben. Mobile Einsatzkommandos der Polizei setzten am Sonntag Wasserwerfer und Polizeipferde ein, um

die Menschenmenge auseinander zu treiben. Mehrere hundert Demonstranten, darunter viele Hooligans, hätten bewusst die Konfrontation mit der Polizei gesucht. Fünf Menschen wurden festgenommen. Sie hatten nach Angaben der Polizei mit Steinen geworfen. Bürgermeister Johan Remkes hatte zunächst aus Sicherheitsgründen die Demonstration gegen Corona-Maßnahmen der Gruppe „Virus Waanzin“ verboten. Dennoch waren einige hundert Demonstranten zum Hauptbahnhof gekommen sowie auch noch mehrere hundert Fußball-Fans, wie die Polizei mitteilte. Der Bürgermeister hatte daraufhin eine kurze Kundgebung gestattet. Als die Atmosphäre gewalttätig wurde und vor allem Hooligans Richtung City ziehen wollten, griff die Polizei ein. Ein Platz in der Nähe des Hauptbahnhofes wurde geräumt, nachdem mehrere hundert Demonstranten sich geweigert hatten, ihn zu verlassen. Mehrere Menschen seien festgenommen worden, teilte die Polizei mit. Ein nahe gelegenes Einkaufszentrum war vorsorglich geschlossen worden.

Nachrichten – (fast) ohne Corona

Polizeibeamte schockiert über Gewaltausbruch in Stuttgart

Es gibt inzwischen viele Berichte und Stimmen über die nächtlichen Ausschreitungen in Stuttgart. Hier mal Aussagen von der Pressekonferenz von Stadt und Polizei vom Sonntag. Menschen, die mit Pflastersteinen Scheiben einwerfen, Polizisten angreifen sowie Handys und Schmuck mitgehen lassen - diese Szenen kennt man aus Stuttgart eigentlich nicht. Dass es in der Landeshauptstadt in der Nacht zum Sonntag trotzdem derartige Ausschreitungen gibt, irritiert und schockiert. Das Bild eines Randalierers der einen Polizisten mit voller Wucht anspringt und ihn so zu Fall bringt, zeigt die Hemmungslosigkeit gegenüber den Beamten. Deren Chefs zeigen sich fassungslos angesichts der Gewalt. „Ich bin seit 30 Jahren Beamter und habe schon einiges erlebt, aber solche Szenen hat es in Stuttgart noch nie gegeben“, sagt Polizeivizepräsident Thomas Berger am Sonntagnachmittag in Stuttgart.

Rund 280 seiner Kollegen hatten in der Nacht zum Sonntag versucht - ausgerüstet mit Schutzschilden - der Gewalt von bis zu 500 Menschen Einhalt zu gebieten. Auslöser der Randalie, an der sich Jugendliche und Heranwachsende beteiligt haben, war die Kontrolle eines 17-Jährigen wegen eines Drogendelikts. Mit dem Kontrollierten solidarisierten sich laut Polizei sofort bis zu 300 Mitglieder der Partyszene, die mit Steinen und Flaschen gegen die Beamten vorgingen. Anfänglich habe man die Situation nicht im Griff gehabt, räumt Berger ein, der den nächtlichen Einsatz leitete. Dabei hatte er bereits mit 200 Beamten vorsorglich doppelt so viele Polizisten an dem Abend eingeplant. 80 weitere Kollegen mussten aus dem Umland hinzu beordert werden. Die erste Bilanz des Gewaltausbruchs: 24 Festnahmen, 19 verletzte Polizisten, 40 beschädigte oder geplünderte Läden und 12 demolierte Polizeifahrzeuge. Den Festgenommenen - alle unter 21 Jahre - könnten Widerstand gegen Beamte, Körperverletzung bis hin zu schwerem Landfriedensbruch vorgeworfen werden.

Punktuell und wahllos sind Geschäfte beschädigt und geplündert: eine Eisdielen, die Filiale einer Fast-Food-Kette, ein Ein-Euro-Shop. Bei einem Sportschuhgeschäft verhinderte Sicherheitsglas Schlimmeres. Einen Juwelier hat es besonders getroffen: Hinter den Spanplatten vor der Auslage herrscht gähnende Leere. Der Goldschmuck ist gestohlen worden. Vor einem benachbarten Shopping-Center ist eine zwölfköpfige Truppe des

Technischen Hilfswerks mit der sogenannten Eigentumssicherung beschäftigt. Die Männer befestigen zwei Spanplatten an dem zerstörten Eingang in die Mall.

Ein Passant, der in der Nacht unterwegs war, berichtet, dass es sich bei den Randalierern um sehr junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren gehandelt habe. Das bestätigt ein Paar aus Frankfurt: Am Samstagabend sei zu beobachten gewesen, dass sich auffällig viele junge Menschen am zentralen Schlossplatz aufhielten. Eigentlich habe die Stimmung mit Musik und Tanz noch entspannt gewirkt, sagen die Touristen. Die spätere Eskalation habe man da noch nicht ahnen können. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) spricht von einer Grenzüberschreitung, die die schönen Sommernächte in der Stadt gefährde - da gebe es auch keine Rechtfertigung durch Alkoholkonsum, das Bedürfnis auf Youtube aufzutauchen oder durch die Corona-Beschränkungen angestaute aggressive Partylaune. „Es darf keine rechtsfreien Räume in Stuttgart geben“. Seit dem früheren Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) sei die Stadt von Weltoffenheit geprägt. Die Polizei sei bürgernah und deeskalierend unterwegs - von Rassismus keine Spur, betonte der Grünen-Politiker. „Da ist unsere Liberalität angegriffen worden - die sollten wir verteidigen“.

Grüne-Fraktion fordert Tempo bei Lobbyregister für den Südwesten

Die Nachrichtenagentur Dpa berichtet am 21. Juni: Lobbyismus ist ein heikles Thema in der Politik. Über ein entsprechendes Register im Südwesten wird schon seit Jahren diskutiert. Nun macht die Grünen-Landtagsfraktion Druck und pocht auf ein Lobbyregister für den Landtag und die Landesregierung. Der parlamentarische Geschäftsführer, Uli Sckerl, sagte der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart, die Affäre um den CDU-Politiker Philipp Amthor zeige, dass es allerhöchste Zeit sei, dass Bundes- und Landespolitiker über die Einkünfte aus mandatsbezogenen Nebentätigkeiten Zeugnis ablegen müssten. „Weiter muss in einem öffentlich zugänglichen Register übersichtlich dargestellt werden, welche Verbände und Unternehmen regelmäßig Kontakt mit Abgeordneten pflegen.“ Im Südwesten hatten Grüne und CDU in ihrem Koalitionsvertrag von 2016 vereinbart, die Einführung eines Lobbyregisters zu prüfen. „Auch in unserem Landesparlament muss gewährleistet sein, dass der organisierte Einfluss von Interessengruppen auf politische Entscheidungsprozesse öffentlich, einsehbar und nachvollziehbar wird“, sagte Sckerl. Ein Lobbyregister ist ein Register, in das sich Organisationen und Einzelpersonen eintragen sollen, die vom Landtag oder der Regierung gehört werden wollen - etwa im Rahmen von Anhörungen oder bei Gesprächen zu konkreten Gesetzesvorhaben. Das Ziel eines solchen Registers besteht darin, die mögliche Einflussnahme auf die Politik transparenter für den Bürger zu machen.

Aktuell macht der Fall des CDU-Bundestagsabgeordneten Amthor Schlagzeilen. Dieser steht in der Kritik, weil er sich bei der Bundesregierung für das US-Unternehmen Augustus Intelligence eingesetzt hatte. Amthor, der mittlerweile von einem Fehler spricht, hat die Nebentätigkeit nach eigenen Angaben inzwischen beendet und die ihm eingeräumten Aktienoptionen zurückgegeben. Sckerl sagte weiter: „Wir Grüne setzen uns dafür ein, grundsätzlich Entscheidungsprozesse in der Politik transparenter zu machen.“ Neben dem Lobbyregister und der Offenlegung mandatsbezogener Nebeneinkünfte und Tätigkeiten wolle die Partei eine Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG). Dieses werde noch im laufenden Jahr einer Prüfung unterzogen. „Wir wollen einen Paradigmenwechsel, wonach künftig Behörden grundsätzlich den Bürgerinnen und Bürgern Informationen

bereitstellen und diese nicht erst mühsam abgefragt werden müssen. Die Bereitstellung soll kostenlos erfolgen“.

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblogbw-100.htm>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-+faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

[https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)

[NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)
[h%C3%A4tzung.pdf](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-zumcoronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)